

Pressemeldungen

OTS0174 5 WI 0348 NPI0002

Mi, 03.Jun 2009

Wirtschaft/IV/Koren/Energie

Industrie: Verfahrensbeschleunigung im Energiebereich ein Muss

IV-VGS Koren: Versachlichung der Debatte dringend erforderlich - 380kV-Salzburgleitung zeigt "typisch österreichisches" Problem - Kritik des Umweldachverbandes zurückzuweisen

Wien (OTS) - Die Industrie spricht sich für ein dringend erforderliches Umdenken in der Infrastrukturpolitik aus. "Alles andere wäre ein standortpolitisches Eigentor", betonte der Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV) Mag. Peter Koren heute, Mittwoch. "Gerade in Krisenzeiten ist eine sichere und leistbare Energieversorgung eine der wichtigsten Säulen des Industriestandortes Österreich. Für die Industrie ist daher Verfahrensbeschleunigung im Energiebereich ein Muss, um die Energieversorgung und -verteilung langfristig zu gewährleisten", so der IV-Vize-Generalsekretär. Auch im Rahmen der jüngsten Regierungsklausur seien Maßnahmen zur effizienteren und einfacheren Abwicklung von Genehmigungsverfahren insbesondere im Bereich der Wasserkraft beschlossen worden. "Nun gilt es, diese Versprechen umzusetzen", forderte Koren.

"Die Möglichkeit zur Feststellung des öffentlichen Interesses an der Errichtung bestimmter Energie-Infrastrukturprojekte, wie im Entwurf des Wettbewerbsbeschleunigungsgesetzes vorgesehen, ist ein positives Signal für die dringend notwendige Forcierung von Investitionen in Energie-Infrastruktur. Dennoch sind weitere konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren etwa im Bereich der UVP-Novelle dringend notwendig", sagte der IV-Vize-Generalsekretär. Es müsse sichergestellt werden, dass der Infrastrukturausbau in ganz Österreich nach einheitlich geltenden Kriterien erfolgen kann. Eine von Bundesland zu Bundesland differierende Vorgehensweise diene weder der Versorgungssicherheit noch der Wirtschaftlichkeit.

"Das Risiko ist beträchtlich, dass durch langwierige und unsichere Genehmigungsvorgänge oder lokale Politikinteressen die Umsetzungsdauer von wichtigen Infrastrukturprojekten mit überörtlichem Interesse - gerade in einem wirtschaftspolitisch höchst sensiblen Bereich - über Jahre hin weiter verzögert wird", so Koren. Am Beispiel der 380kV-Salzburgleitung zeige sich ein "typisch österreichisches" Problem: "Durch Partikularinteressen werden überregionale und für den gesamten Standort relevante Infrastrukturprojekte be- oder gar verhindert", betonte der IV-Vize-Generalsekretär. Ohne den Bau der Leitungen seien auch dringend benötigte Wasserkraftprojekte, wie etwa Limberg III, gefährdet.

Die Kritik des Umweldachverbandes, dass mit diesem Gesetz über die Köpfe der Bürger und Interessen der Umwelt entschieden wird, sei zurückzuweisen. "Eine kritische und ausgewogene Abwägung zwischen Umweltschutz und Energieversorgung als öffentliches Interesse muss möglich sein. Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Umweltschutz widersprechen einander nicht, sondern können einander - richtig gemacht - ergänzen", so Koren.

Rückfragehinweis:

IV-Newsroom

Tel.: (+43-1) 711 35-2306

Fax: (+43-1) 711 35-2313

<mailto:info@iv-newsroom.at>

<http://www.iv-net.at/medien>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0174 2009-06-03/12:53

031253 Jun 09

.....

OTS0158 5 CI 0361 AAO0001 WI

Mi, 03.Jun 2009

Umwelt/Energie/Oberösterreich/Recht/Tschechien

Umstrittener Gesetzesvorschlag über Vorrang für Energieprojekte gefährdet die Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atom-Politik Aushebelung von Bürgerrechten muss unterbunden werden - aktives Engagement der Bundesregierung gegen "Schein-UVP's" zu Temelin und Mochovce gefordert.

Linz (OTS) - Während sich das Land Oberösterreich und zahlreiche NGO's aus Österreich, Tschechien und der Slowakei intensiv bemühen, die Bürgerrechte in "Schein-UVP-Verfahren" zum Ausbau der AKW's Temelin und Mochovce abzusichern, bleibt die Bundesregierung bis heute völlig passiv. Stattdessen wurde im Wirtschaftsministerium ein Gesetzesvorschlag erarbeitet, welcher die demokratische Mitbestimmung massiv beschneiden könnte und umstrittenen Vorhaben im Energiebereich zum Durchbruch verhelfen könnte. "Die Annahme eines solchen Gesetzesvorschlages würde einen schweren Rückschlag für unsere Anti-Atom-Bemühungen darstellen", erklärt Radko Pavlovec, Anti-Atom-Beauftragter des Landes Oberösterreich. "Unsere Aktivitäten gegen "Schein-UVP-Verfahren" zu den Projekten Temelin und Mochovce richten sich nämlich genau gegen die unzulässige Beschneidung von Bürgerrechten. Österreich muss auf diesem Gebiet als europäisches Vorbild agieren".

Vom umstrittenen Gesetzesvorschlag zur Feststellung des öffentlichen Interesses an Energieprojekten könnte in Österreich auch direkt die Atomlobby profitieren. Er könnte für Leitungsprojekte herangezogen werden, deren Errichtung im strategischen Interesse der Atomkonzerne liegt. Sehr aktuell ist in diesem Zusammenhang die Schließung der Lücke der 380kV-Leitung zwischen der Slowakei und der 380kV-Leitung durch die Steiermark. Dies ist im Zusammenhang mit dem umstrittenen Ausbau des AKW Mochovce durch die italienische Firma Enel sowie der Ankündigung der Errichtung eines neuen AKW-Blocks in Bohunice durch die Firma CEZ von großer Bedeutung.

Auch in Tschechien sind derzeit ähnliche politische Aktivitäten im Gang. Der frühere Wirtschaftsminister und Parlamentsabgeordnete Urban kündigte einen Gesetzesvorschlag zur schnellen Errichtung von neuen Atomkraftwerken an. Ähnlich wie im österreichischen Gesetzesvorschlag soll diesen Projekten öffentliches Interesse bescheinigt und die Rechte der Verfahrensteilnehmer ausgehebelt werden. "Der Gesetzesvorschlag muss im Interesse einer glaubwürdigen Anti-Atom-Politik umgehend zurückgezogen werden", fordert Pavlovec. "Die Teilnehmer an den grenzüberschreitenden UVP-Verfahren zu den AKW's Temelin und Mochovce erwarten von der Bundesregierung stattdessen rasche und energische Schritte zur Wahrung ihrer Rechte".

Aktuelle Informationen zu den AKW`s Temelin und Mochovce sowie zu wichtigen Aspekten der Kernenergienutzung finden Sie auf unseren Internetseiten

Rückfragehinweis:

Radko Pavlovec
Anti-Atom-Beauftragter des Landes Oberösterreich
Büro Linz, Promenade 37
4021 Linz
Tel: +43 (732) 7720-15781
Fax: +43 (732) 7720-15783
Mobil: +43 (664) 421 74 91
mailto:tem.post@ooe.gv.at
WWW.TEMELIN.COM
WWW.MOCHOVCE.COM

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0158 2009-06-03/12:33

031233 Jun 09

.....

APA0282 5 CI 0346 KI/WI

Mi, 03.Jun 2009

Asfinag/Verkehr/Straße/Bau/Investitionen/Archäologie/Oberösterreich

Baubeginn für Mühlviertler S10 voraussichtlich im August 22 Kilometer, 739 Mio. Euro - Gräberfeld aus der Hallstattzeit

Linz (APA) - Im August soll der Bau des Südabschnitts der Mühlviertler Schnellstraße (S10), die das Ende der Mühlkreisautobahn (A7) in Unterweikersdorf mit der bestehenden B 310 nördlich von Freistadt verbindet, beginnen. Im Zuge der Vorbereitungen ist man auf Hügelgräber aus der Hallstattzeit gestoßen, die allerdings schon in antiker Zeit ausgeraubt wurden. Der oberösterreichische Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl (V), Vertreter der Asfinag und des Bundesdenkmalamtes informierten am Mittwoch in einer Pressekonferenz an Ort und Stelle über den Zeitplan des Projekts.

Die 22 Kilometer lange Straße wird vierspurig mit einem zusätzlichen Abstellstreifen ausgeführt. Mehr als 40 Prozent der Strecke verlaufen durch Tunnel und Unterflurtrassen. Die Bauarbeiten sollen laut Plan bis 2015 abgeschlossen sein. Die Kosten des Projektes betragen 739 Mio. Euro. Der Abschluss der UVP wird für Juni erwartet.

Bei der Vorbereitung des Projektes wurde in Luftaufnahmen ein Gräberfeld entdeckt. "Die insgesamt 14 sichtbar erhaltenen Grabhügel haben einen Durchmesser von mehr als 20 Metern und sind bis zu zwei Meter hoch. Wie anhand der Scherben der Gefäße beurteilt werden kann, stammen die Unterweikersdorfer Hügelgräber aus der frühen Hallstattkultur des achten oder siebenten vorchristlichen Jahrhunderts", erklärte Heinz Gruber vom Bundesdenkmalamt.

Bisher haben die Archäologen drei Hügelgräber näher untersucht. Eine rund viermal vier Meter große und nur 70 Zentimeter hohe Grabkammer aus Granitsteinen wurde freigelegt. Es stellte sich heraus, dass sie bereits kurz nach der Bestattung Opfer von Grabräubern geworden sein dürfte. Die Wissenschaftler fanden nur mehr Tonscherben, die üblichen Beigaben aus Metall sind offenbar gestohlen worden. Auch im mit 25 Metern Durchmesser größten Hügel der Anlage wurden neben verbrannten menschlichen Überresten nur mehr Keramikbruchstücke entdeckt. Die Archäologen hoffen, einige Gefäße restaurieren zu können.

Die archäologischen Rettungsgrabungen sollen bis 2010 abgeschlossen sein. Für die Weiterführung der S10 von Freistadt Nord bis zur Staatsgrenze bei Wulowitz, werde ein wirtschaftliches Ausbauplan erstellt, kündigte Hiesl an. Der Baubeginn für den Nordabschnitt hänge einerseits von den Ausbauplänen auf tschechischer Seite und andererseits vom Fertigstellungszeitpunkt des Südabschnitts ab.

(Schluss) ver/tob/hai

~

WEB <http://www.asfinag.at>

~

APA0282 2009-06-03/12:29

031229 Jun 09

.....

OTS0128 5 II 0260 NWB0001 WI

Mi, 03.Jun 2009

Politik/UVP/Konjunktur/Wirtschaftsbund/Haubner

Peter Haubner: UVP-Debatte muss zurück zur Sachlichkeit Wirtschaftsbund ortet unbegründete Panikmache der Umweltschutzorganisationen =

Wien (OTS) - Wirtschaftsbund-Generalsekretär Abg.z.NR Peter Haubner nimmt die überschäumenden Reaktionen der Umweltschutzgruppen mit Befremden zur Kenntnis: "Der Wirtschaftsstandort Österreich braucht gerade jetzt eine mutige UVP-G-Novelle, die jedoch nicht zu Lasten der Umwelt oder von Bürgerrechten gehen soll. Klar ist aber, dass Verfahrensbeschleunigungen im Energiebereich zur Sicherung der Versorgung und zur Ankurbelung der Konjunktur dringend geboten sind."

Haubner tritt daher für die Festschreibung des öffentlichen Interesses an der Errichtung von Leitungs- und Elektrizitätserzeugungsanlagen von grenzüberschreitender Bedeutung im UVP-Gesetz und im Wasserrechtsgesetz ein.

Im Vordergrund solle der Ausbau der Stromerzeugung im Inland, insbesondere der Wasserkraft stehen. Haubner: "Der Ausbau der Wasserkraft ist ein unverzichtbarer Teil der energiepolitischen Gesamtstrategie. Damit würden erneuerbare Energieformen gestärkt und der Klimaschutz verbessert."

Für Haubner stellt sich das Hauptproblem bei großen Energieprojekten in der überlangen Genehmigungsphase dar. "In der Realität dauern UVP-Verfahren oft mehr als doppelt so lange, wie im Gesetz vorgesehen", so der Generalsekretär des Wirtschaftsbundes. Die fehlende Planungssicherheit sei eine Investitionsbremse, die sich negativ auf Beschäftigung

und Standort auswirke. Die E-Wirtschaft könnte aus eigener Kraft, ohne Belastung des Steuerzahlers, bis 2020 rund 15 Milliarden Euro investieren. Haubner: "Das wäre ein Konjunkturpaket der Sonderklasse, dass Wirtschaft und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichzeitig nütze." Die daraus resultierende Inlandswertschöpfung von bis zu 90 Prozent komme zudem den regionalen Klein- und Mittelbetrieben zu Gute. So würden bis 2020 rund 95.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Wirtschaftsbund

Bundesleitung/Presse

Tel.: (+43-1) 505 47 96 - 30

Mobil: 0664/ 88 42 42 06

<mailto:f.horcicka@wirtschaftsbund.at>

<http://www.wirtschaftsbund.at>

~

.....

OTS0066 5 II 0454 OGN0001 WI

Mi, 03.Jun 2009

Politik/Energie/Umwelt/Strom/Klima/Bau/Alternativen

Umweldachverband & NGOs an Mitterlehner: Kategorisches NEIN zu bevorzugtem Kraftwerks- und Stromleitungsbau! =

- **Breite Front gegen Mitterlehner-Vorhaben, Kraftwerke, Strom- und Gasleitungen per verfassungsrechtlich geschützter Ministerentscheidung durchzudrücken**
- **BürgerInnenrechte und Kompetenzen der Bundesländer werden massiv beschnitten**
- **UWD und Mitgliedsorganisationen starten Online-Unterschriftenkampagne:**
<http://www.stopp-bevorzugten-kraftwerksbau.at>

Gestern endete die Begutachtungsfrist für das "Bundesgesetz, mit dem das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz geändert wird" (EIWOG). "Nachdem er im UVP-Gesetz wegen des gewaltigen Widerstandes davon Abstand genommen hat, will Wirtschaftsminister Mitterlehner jetzt den 'bevorzugten Kraftwerks- und E-Leitungsbau' in das EIWOG einschleusen", erklärt Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweldachverbandes. Gemäß § 7 Abs 2 soll der Wirtschaftsminister per Verfassungsbestimmung ermächtigt werden, für alle Kraftwerks- und Leitungsbauten in Österreich per Bescheid das öffentliche Interesse festzustellen. Damit könnten Wasserkraft-, Gaskraft-, ja sogar Kohlekraftwerke und auch Stromleitungsprojekte künftig einfach ohne Rücksicht auf die Rechte der AnrainerInnen, der lokalen Bevölkerung und der Umwelt, des Naturschutzes und der Raumordnung durchgepeitscht werden.

Rückschritt in die Steinzeit des Umwelt- und Naturschutzes

"An diese Feststellungen wären u.a. auch alle Landesbehörden gebunden, die Länder und Gemeinden hätten keinerlei Mitspracherechte mehr. Diese geplante Bestimmung übertrifft das seit Hainburg abgeschaffte kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz 'bevorzugter Wasserbau' bei weitem. Jetzt soll dieses undemokratische Gesetz sogar auf den gesamten Kraftwerksbau ausgeweitet werden und soll auch helfen, dass BürgerInnenproteste gegen Strom- und auch Gasleitungennichts mehr helfen", so Heilingbrunner.

Breite Front gegen undemokratisches Gesetz - Protestaktion startet jetzt!

„Gegen dieses Steinzeitgesetz müssen wir uns wehren. Der Umweltdachverband fordert, die Regelung der bindenden Feststellung eines öffentlichen Interesses bei elektrizitäts- bzw. gaswirtschaftlichen Anlagen aus dem Gesetzesentwurf für das EIWOG und das GWG zu entfernen und hat dazu gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen - Oesterreichischer Alpenverein, Naturfreunde Österreich, Naturfreundejugend, Naturschutzbund Österreich, Naturschutzbund Kärnten, Salzburg und Steiermark, Kuratorium Wald, Verband Österreichischer Höhlenforscher, Österreichischer Fischereiverband, Verband der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine, Forum Wissenschaft & Umwelt und Austrian Biologist Association - eine Stellungnahme im BMWFJ eingebracht. Außerdem starten wir heute eine von vielen NGOs unterstützte große Online-Unterschriftenkampagne - <http://www.stopp-bevorzugten-kraftwerksbau.at> -, bei der alle ihren Protest kundtun können", betont Heilingbrunner.

Europäisches Umweltrecht nicht einfach vom Tisch wischen!

Um die Interessen zwischen Wasser-, Naturschutz und Energieversorgung abzuwägen, bieten das UVP-Gesetz, das Wasserrechtsgesetz und die Naturschutzgesetze der Länder bereits jetzt ausreichende und ausgewogene Regelungen. Fest steht weiters, dass Europäisches Umweltschutzrecht nicht einfach vom Tisch gewischt werden kann. "Insbesondere aus dem Blickwinkel der WRRL und der FFH-Richtlinie ist der Vorschlag EU-rechtswidrig. Warum der Wirtschaftsminister gerade für die Wasserkraft Umweltschutznormen außer Kraft setzen will, muss er genauer erklären", betont Heilingbrunner. Der Umweltdachverband appelliert an Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll, von der Beschlussfassung dieses Gesetzes im Ministerrat Abstand zu nehmen. "Dieses Gesetz gefährdet nicht nur unsere letzten Umwelt- und Naturschätze, sondern unterminiert auch die BürgerInnenrechte. Es wäre damit ein Rückschritt für eine moderne Demokratie!", sagt Heilingbrunner abschließend.

Rückfragehinweis:

Dr.in Sylvia Steinbauer, Umweltdachverband
Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 01/40 113-21
E-Mail: sylvia.steinbauer@umweltdachverband.at
<http://www.umweltdachverband.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0066 2009-06-03/10:14

031014 Jun 09

OTS0043 5 II 0134 FPK0001

Mi, 03.Jun 2009

FPÖ/Hofer/Energie/Wettbewerbs-Beschleunigungsgesetz

**Wettbewerbs-Beschleunigungsgesetz: FPÖ warnt vor
Entmündigung der Bundesländer**
Hofer: Öffentliches Interesse massvoll auslegen

Wien (OTS) - FPÖ-Energiesprecher Norbert Hofer warnt im Zusammenhang mit dem Entwurf für das "Wettbewerbs-Beschleunigungsgesetz" vor einer Entmündigung der Bundesländer.

Hofer: "Ich gestehe ein, dass gerade im Zusammenhang mit dem Bau der 380 kV-Leitung öffentliches Interesse nicht von der Hand zu weisen ist. Trotzdem sollen die Rechte der Bundesländer nicht beschnitten werden. "

Skeptisch ist die FPÖ im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Gesetzes auf neue Großkraftwerke. Österreich könne kein Interesse daran haben, im Rahmen der Energieversorgung auf puren Zentralismus zu setzen.

Hofer: "Das sogenannte öffentliche Interesse muss daher maßvoll ausgelegt werden. Die Zukunft der Energieversorgung liegt in dezentralen Einheiten und einem leistungsfähigen Leitungsnetz, um auf Leistungsspitzen, die in der Natur der Erneuerbaren liegen, reagieren zu können."

Rückfragehinweis:
FPÖ

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0043 2009-06-03/09:19

030919 Jun 09

.....

OTS0057 5 II 0277 VIR0001 WI

Mi, 03.Jun 2009

Energie/Umwelt/Klima/Wirtschaft/Politik/Recht

VIRUS: Stoppt Mitterlehners Geisterfahrt

Wien (OTS) - Heftige Kritik an der UVP- Novelle, vor allem aber dem vorgeschlagenen "Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz" übt die Umweltorganisation VIRUS. Sprecher Wolfgang Rehm: "Stoppt die energie- und rechtspolitische Geisterfahrt des Wirtschaftsministers".

Wie die Umweltschützer betonen, ist der Versuch des Wirtschaftsministers per Bescheid unmittelbar in die Interessensabwägung der Genehmigungsbehörden einzugreifen, ist auch dann ungeheuerlich, wenn er im konkreten Fall ins Leere geht, "Es gibt ja nicht nur ein sondern ohnehin mehrere öffentliche Interessen, die gegeneinander abgewogen werden müssen" so Rehm. Dennoch erwartet VIRUS, dass der Druck, Vorhaben rücksichtslos durchzupfeitschen weiter anstreigen wird. "Absurd ist in diesem Zusammenhang, dass für die geplante Feststellung keine sachlichen Kriterien zur Anwendung kommen, sondern ein konkretes Vorhaben bloß Eingang in irgendein Ausbauprogramm finden muss." kritisiert Rehm". So hätten die energiepolitischen Rezepte der Vergangenheit zu erhöhten Emissionen und verringerter Versorgungssicherheit geführt. "Sie fortzuschreiben, hieße in Wahrheit gegen das öffentliche Interesse zu handeln. "Das ist eine energiepolitische Geisterfahrt in die vordemokratische Zeiten des bevorzugten Wasserbaus, den bis in die 1980er Jahre gebräuchlichen Relikten einer Notstandsgesetzgebung, die ehebaldigst

gestoppt werden muss," fordert Rehm eine Trendwende in der energiepolitischen Ausrichtung.

Neben den geplanten Interventionen von außen haben die Umweltschützer auch mit der Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfung selbst keine Freude. Anstelle der längst überfälligen Gesamtreform, die die UVP zu einem tauglichen Instrument der Öffentlichkeitsbeteiligung zu machen würden bloß EU-Vertragsverletzungsverfahren, zu flickwerkartigen Reparaturversuchen führen. "Durch die Hintertür werden dann weitere Verschlechterungen eingeführt, wie ein geplantes Neuerungsverbot, das Parteienrechte ad absurdum führen würde. Will man die UVP wirklich beschleunigen, dann ist bei der schlechten Projektierungsqualität und bei den mangelnden Kapazitäten der UVP-Behörden anzusetzen", so Rehm abschließend.

Rückfragehinweis:

Wolfgang Rehm

Tel.: 0699/12419913, <mailto:virus.umweltbureau@wuk.at>

<http://www.wuk.at/virus>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0057 2009-06-03/09:56

030956 Jun 09

.....

OTS0063 5 WI 0331 TPK0003 II

Mi, 03.Jun 2009

Umwelt/Wirtschaft/Tourismus/Energie/Strom/Politik/Recht

ELWOG-Novelle: Naturfreunde lehnen Minister-Freibrief bei Kraftwerks-und Leitungsbauten ab

Naturfreunde-Bundvorsitzender Dr. Karl Frais: "Die Wirtschaftskrise darf nicht zur Aushebelung von Umweltrechten missbraucht werden!"

Wien (TP/OTS) - In Einigkeit mit dem Umweltdachverband und zahlreichen österreichischen Umweltorganisationen lehnen die Naturfreunde Österreich die jüngste Elwog-Novelle von Wirtschaftsminister Mitterlehner entschieden ab. "Die Novelle ist als Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz betitelt, tatsächlich handelt es sich aber um eine einseitige Machtausdehnung des Ministers und eine weitgehende Ausschaltung von Parteienrechten und Rechtsschutz. Die Interessen von Umwelt und Anrainern würden demnach bei Kraftwerks-und Leitungsprojekten massiv beschnitten", stellt Naturfreunde-Vorsitzender Dr. Karl Frais fest. Es bestehen zudem rechtliche Bedenken, dass die Novelle gegen das Legalitätsprinzip verstoße.

Die Naturfreunde bekennen sich zur gesicherten Stromversorgung Österreichs und haben sich bereits wiederholt konstruktiv zur Energiesituation geäußert. "Hohe Umweltschutz-Standards und die gesicherte Energiezukunft unseres Landes sind keine Gegensätze. Umso unverständlicher ist es, dass der Wirtschaftsminister mit diesem Gesetzesentwurf versucht, die Rechte des Umweltschutzes und der Anrainer massiv zurückzudrängen. Unser Hauptkritikpunkt ist die Absicht des Wirtschaftsministers, mit neuer Rechtsgrundlage das Bestehen eines öffentlichen Interesses an Kraftwerks- oder Leitungsbauten für alle beteiligten Behörden bindend feststellen zu können", so Naturfreunde-Vorsitzender Frais.

Der Bau von Kraftwerken oder Stromleitungen hat je nach Art und Dimension unterschiedliche Auswirkungen auf Natur und Umwelt. "Wasser-, Naturschutz, Raumordnung und auch Tierschutz sind wesentliche Rahmenbedingungen, die bei der Feststellung eines öffentlichen Interesses gewöhnlich berücksichtigt werden müssen. Aber diese Kriterien sind im neuen Elwog, das einen Feststellungsbescheid des Ministers für das öffentliche Interesse an Kraftwerken und Leitungsbauten vorsieht, nicht mehr enthalten. Dieses Fehlen von Kriterien, an die sich der Minister zu halten hat, und die weitgehende Ausschaltung von Rechtsschutz und Parteienrechten sind die Hauptursachen, warum wir Naturfreunde die Elwog-Novelle ablehnen. Wir sagen ja zum Energieausbau in Österreich, aber nur unter Berücksichtigung der Interessen von Natur und Umwelt. Die Wirtschaftskrise darf nicht stillschweigend zum Verlust von Umweltrechten missbraucht werden", so der Naturfreunde-Vorsitzende.

Rückfragehinweis:

Naturfreunde Österreich
Dipl.Ing. Regina Hrbek, Leiterin der Umwelta Abteilung
Viktoriagasse 6, 1150 Wien
Tel.: +43 (0)1 892 35 34-16
<mailto:regina.hrbek@naturfreunde.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0063 2009-06-03/10:10

031010 Jun 09

.....

OTS0078 5 II 0353 FMB0001 WI

Mi, 03.Jun 2009

Politik/Grüne/Brunner/Energie/Umwelt/UVP/Mitterlehner

Brunner kritisiert Mitterlehners Anschlag gegen Umweltschutz und Bürgerrechte

Grüne fordern umweltverträgliche Novelle des UVP-G

Wien (OTS) - "Mitterlehners UVP-G-Novelle (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz) ist ein Anschlag gegen die Umweltschutzinteressen und gegen die Bürgerrechte", erklärt die Umwelt- und Energiesprecherin der Grünen, Christiane Brunner. "Die heutige Demonstration der Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen gegen Mitterlehners Novelle und für eine umweltverträgliche Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G) ist daher bitter notwendig." Minister Mitterlehner will sowohl in der Regierungsvorlage für das UVP-G als auch in seinem geplanten Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz eine Bevorzugung der Wasserkraft und anderer Energieanlagen vor Umweltschutzinteressen festlegen. Damit würde eine Prüfung der beantragten Projekte nach dem Naturschutzrecht, dem Wasserrecht und dem UVP-G hinfällig.

Brunner hält außerdem fest, dass eine gute UVP-G-Novelle auch für alle Anlagen, wie von Minister Berlakovich im Ministerialentwurf vorgeschlagen, das Gebot zum effizienten Einsatz und Verwendung von Energie beinhalten muss. Auf diese Weise kann die Energieeffizienz-Richtlinie teilumgesetzt werden. Weiters müssen die Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen Zugang zum Feststellungsverfahren bekommen, das ist jenes Verfahren, das in vielen Fällen erst entscheidet, ob für ein Vorhaben eine UVP durchzuführen ist.

Dieses Verfahren wird zu 62 Prozent von ProjektwerberInnen angestrengt. Seit 2000 endeten 82 Prozent dieser Verfahren negativ, das heißt eine UVP-Pflicht wurde verneint.

"Der EuGH hat in einer Entscheidung im April ausdrücklich gesagt, dass negative Feststellungsbescheide von den betroffenen BürgerInnen vor ein Gericht gebracht werden können müssen. Weiters muss die Auflage von Projektanträgen und Zustellung von Bescheiden knapp vor den Ferien ein Ende haben. Damit werden die Partizipationsrechte unterlaufen. Das Gesetz muss dagegen Abhilfe schaffen", fordert Brunner.

Zur Erläuterung: In der ersten Junihälfte steht zunächst die Beschlussfassung der UVP-G-Novelle 2009 im einstimmig zu entscheidenden Ministerrat an. Diese Regierungsvorlage soll noch vor der Sommerpause im Parlament beschlossen werden. Die Novelle wurde notwendig, weil die EU-Kommission zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich wegen fehlerhafter Umsetzung der UVP-Richtlinie in Gang gesetzt hat. "Die von der EU geforderte Verbesserung des UVP-G droht aber durch andere Begehrlichkeiten, insbesondere der E-Wirtschaft, zunichte gemacht zu werden", kritisiert Brunner. Die Umweltsprecherin der Grünen ist Mitglied der Bürgerinitiativen gegen die Müllverbrennungsanlage Heiligenkreuz und gegen die S 7 und wird an dieser Demonstration teilnehmen.

Rückfragehinweis:

Die Grünen, Tel.: +43-1 40110-6697, presse@gruene.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0078 2009-06-03/10:39

031039 Jun 09

.....

OTS0175 5 WI 0253 NVE0001 CI

Mi, 03.Jun 2009

Energie/Strom/Unternehmen/Umwelt/Recht

VEÖ: Öffentliches Interesse an ehrlicher Diskussion Verdrehung der Tatsachen durch Öko-Aktivisten höchst kritikwürdig

Wien (OTS) - Im Zusammenhang mit der Novelle zum Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz und dem "Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz" sieht Österreichs E-Wirtschaft derzeit hohes öffentliches Interesse an einer ehrlichen Diskussion. "Die bewusste Verdrehung der Tatsachen durch Öko-Aktivisten, die krampfhaft ein zündendes Thema suchen, während tausende Menschen unter der Wirtschaftskrise leiden, ist in höchstem Maß kritikwürdig", erklärte die Generalsekretärin des Verbands der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ), Barbara Schmidt.

chmidt: "Derzeit werden bewusst Unwahrheiten gesagt und völlig untaugliche Vergleiche propagiert. Das zeigt, dass es den Gegnern der Gesetze vor allem um die eigene Macht und nicht um die Sache geht." Beispiele dafür sind Kampfvokabel wie "durchpeitschen", "ohne Rücksicht auf die Bevölkerung" oder "kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz". Das "öffentliche Interesse", das vom Wirtschaftsminister per Bescheid festgestellt werden könnte, falls das Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz beschlossen wird, habe vor allem atmosphärische Wirkung.

Die einzige konkrete Folge wäre, dass es damit möglich würde, bestimmte Leitungen auch dann zu bauen, wenn beispielsweise ein Bundesland per Anlassgesetzgebung einen Bau unmöglich machen wolle, indem unerfüllbare technische Lösungen gefordert werden. Schmidt: "Unwahr ist jedoch die Behauptung, dass damit Kraftwerke ohne Berücksichtigung des Umweltschutzes gebaut werden könnten. Die Umweltverträglichkeitsprüfung bleibt vollinhaltlich erhalten." Bürgerrechte, Rechte von NGOs oder sonstige Parteistellungen werden nicht eingeschränkt. Es gehe vor allem darum, die Bedeutung der Versorgungssicherheit und der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Inland im Verfahren bewerten zu können.

Rückfragehinweis:

Pressesprecher des Verbands
der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ)
Ernst Brandstetter
Tel.: +43 (1) 50198 260
Mobil: +43 (0) 676 845 019 260
<mailto:presse@veoe.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0175 2009-06-03/12:55

031255 Jun 09

.....

APA0260 5 CI 0244 WI

Do, 04.Jun 2009

Umwelt/Gesetze/Energie/Österreich

"Hainburg-Gesetz" - Grüne kritisieren geplante Novelle zur UVP

Öffentliches Interesse laut Glawischnig vor allem "Verbund-Interesse"

Wien (APA) - Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) steht mit seinen Plänen zu einem Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz weiter in der Kritik. Am Donnerstag warf die Bundessprecherin der Grünen Eva Glawischnig dem Ressortchef vor, die Umweltauflagen der EU "systematisch zu ignorieren". Die vorgesehene Regelung ist für die Grünen ein "Hainburg-Gesetz".

Das Gesetz räume dem Wirtschaftsminister die Möglichkeit ein, über alle anderen Stellen hinweg einen Bescheid zum Bau von Kraftwerken zu erteilen, wenn ein "öffentliches Interesse" besteht. Dieses öffentliche Interesse entspricht Glawischnig zufolge aber vor allem den Interessen des Stromkonzern "Verbund".

Eine Aufweichung oder Umgehung der vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) lehnt Glawischnig strikt ab: "Es muss möglich sein, Wasserkraftwerke zu bauen, ohne sich über alle Normen hinwegzusetzen". Die Bundessprecherin ging zudem davon aus, dass die Europäische Union solche Verfahren - im Nachhinein - als nicht EU-konform einstufen wird. "Aber dann stehen die Kraftwerke schon", kritisierte sie.

Ähnlich die Kritik der Umweltsprecherin der Grünen, Christiane Brunner: "Das ist ein Schlag gegen alle Umweltinteressen und ein demokratiepolitischer Skandal". Eine intakte Umwelt sei ebenfalls von öffentlichem Interesse.

Die Grünen wollen nun gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien die umstrittenen Pläne zu Fall bringen. Die Koalition benötigt nämlich, um das Gesetz in Verfassungsrang heben zu können, eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und somit die Zustimmung von entweder den Grünen, der FPÖ oder dem BZÖ. In einem Schreiben wollen die Grünen nun FPÖ und BZÖ über die Problematik aufklären.

(Schluss) hai/pwi

APA0260 2009-06-04/12:23

041223 Jun 09

.....